

Deutschland und Frankreich angesichts der internationalen Finanzkrise – neue Perspektiven für das deutsch-französische Paar?

Aymeric Leruste und Henning Theobald¹

Die schlimmste internationale Wirtschafts- und Finanzkrise seit dem Jahr 1929 hat nicht nur ein Erdbeben an den internationalen Finanzmärkten ausgelöst, sondern auch einmal mehr den Finger in eine europäische Wunde gelegt. Die Europäische Union (EU) hat nach wie vor große Schwierigkeiten, adäquate Antworten auf grenzüberschreitende, globale Probleme zu finden. In der aktuellen Situation beruht dies insbesondere auf einer fehlenden gemeinsamen Finanzpolitik und der Tatsache, dass sich die europäischen Banken in ihrer Struktur stark unterscheiden und nationalen Aufsichtsbehörden unterstehen. Es wird angesichts der Krise jedoch einmal mehr deutlich, dass nationale Regulierungs- und Aufsichtssysteme unzureichend sind, um eine globale Finanzkrise zu verhindern.

Zu Beginn der Finanzkrise schien es, als könne das deutsch-französische Paar der europäischen Krisenintervention keine Impulse geben. Nicht zuletzt aufgrund unterschiedlicher wirtschaftspolitischer Haltungen zeigten sich die beiden Regierungen nicht in der Lage, gemeinsame Lösungen für die Krise zu finden, obwohl keiner die Notwendigkeit einer Kooperation bestritt. Legt die Finanzkrise also eine Schwäche des deutsch-französischen Motors in Europa offen? Hat das deutsch-französische Paar gar seine treibende Kraft im europäischen Integrationsprozess verloren?

„Zwei Seelen wohnen, ach! in meiner Brust“ – Divergierende Krisenreaktionsstrategien des deutsch-französischen Paares

Es ist unbestreitbar, dass die deutsch-französischen Beziehungen seit dem Elysee-Vertrag Höhen und Tiefen erlebt haben. Bei allem Wunsch nach enger Kooperation und europäischer Harmonisierung wurde den nationalen Interessen weiterhin große Bedeutung beigemessen. In den ersten Monaten der aktuellen Wirtschaftskrise wurde deutlich, dass gleich in mehreren Bereichen die Ansichten in Paris und Berlin nicht übereinstimmten.

¹ Aymeric Leruste ist PR-Berater bei Aspect Consulting in Brüssel und Doktorand an der Universität der Bundeswehr in Hamburg. Henning Theobald ist Direktionsassistent bei der Banque de Luxembourg in Luxemburg. Der Text gibt ausschließlich die persönliche Meinung der Autoren wieder.

Deutschland hatte das Ausmaß der Krise später als seine Nachbarn erkannt und auch erst später zu spüren bekommen. Es entstand beinahe der Eindruck, dass sich Deutschland an den ersten Koordinationsversuchen nicht beteiligen und sogar klar von Frankreich distanzieren wollte. Paris sprach sich für eine globale und supranationale Lösung aus und unterstützte die von der „Bank of England“ formulierte Krisenstrategie. Deutschland dagegen bevorzugte eine nationale und dezentrale Reaktion auf die Krise und der deutsche Finanzminister Peer Steinbrück sprach sich im Dezember 2008 in einem Interview mit der Zeitschrift Newsweek öffentlich gegen den „extremen Keynesianismus“ von Gordon Brown aus.

Die beiden Staaten erweckten den Eindruck, dass sie völlig unterschiedliche und sogar inkompatible Antikrisenstrategien verfolgten. Frankreich machte sich für ein kraftvolles Engagement des Staates als Motor zur Ankurbelung der Wirtschaft stark. Aufgrund seiner schlechten Erfahrungen in den sechziger und siebziger Jahren stand Deutschland dieser Vorgehensweise skeptisch gegenüber. An der Spree sah man eine Inflation als große Gefahr an und die deutsche Regierung bemühte sich zunächst, mittels einer sparsamen Haushaltspolitik deutsche Wettbewerbsvorteile zu sichern. Das im November 2008 angekündigte Konjunkturpaket betrug „nur“ 32 Milliarden Euro, was heftige Kritik von Experten aus Großbritannien und den USA auslöste.² Dagegen war man an der Seine der Ansicht, dass eine Verschuldung zur Ankurbelung der Wirtschaft mit anschließender Inflation zur Schuldentilgung die beste finanzpolitische Maßnahme sei. Diese „großzügige“ Finanzpolitik sorgte wiederum für große Unruhe in Deutschland, wo sich viele Experten um die Stabilität des Euro sorgten. Nach den von Haushaltsminister Eric Woerth am 20. Januar 2010 veröffentlichten Zahlen wird sie für 2009 ein Staatsdefizit von 7,9 Prozent des französischen BIP zur Folge haben.

Entgegen seiner ersten Ehejahre wirkte das deutsch-französische Paar in den ersten Krisenmonaten nicht als einheitliche und treibende Kraft. Dies war allerdings keine neue Tendenz, denn bereits zu Beginn ihrer Regierungszeit hatte Angela Merkel vor einer zu engen Abstimmung zwischen Paris und Berlin gewarnt,³ um bei den anderen EU-Partnern nicht zu viel Misstrauen zu wecken. Des Weiteren erscheint es im Rahmen der Erweiterung immer unrealistischer, dass die EU mit derzeit 27 Mitgliedern nur von einem bi-nationalen Motor Initialzündungen bekommen kann. Um dieser Rolle gerecht werden zu können, müssten weitere

² Siehe zum Beispiel die Erklärung von Wirtschaftsnobelpreisträger Paul Krugman am 11. Dezember 2008.

³ Andreas Rinke, „Frankreich und Deutschland rücken enger zusammen“, Handelsblatt, 12. März 2009.

Partner mit ins Boot geholt werden, eventuell Italien und Großbritannien wie beim G4-Treffen im Oktober 2008.

Erneute Annäherungsversuche

In jüngster Zeit ließ sich jedoch in mehreren Bereichen eine erneute Annäherung der Positionen Deutschlands und Frankreichs beobachten. Insbesondere beim Thema Europäische Zentralbank (EZB) veränderte sich die französische Debatte seit Ende des Jahres 2008. Jahrelang hatte Paris den monetaristischen Kurs der EZB kritisiert und ihr vorgeworfen, die Bundesbank der sechziger und siebziger Jahre nachzuahmen.⁴ Noch zu Beginn des Jahres 2008 wurde die Europäische Zentralbank von französischer Seite an den Pranger gestellt, obwohl sie im Rahmen ihrer Möglichkeiten alles unternahm, um die sich anbahnende Finanzkrise zu bekämpfen. Mit dem Fortschreiten der Finanzkrise zeigte sich Paris jedoch letztendlich vom Frankfurter Krisenmanagement überzeugt und orientierte sich fortan zunehmend an den Ansichten und Empfehlungen der EZB. Des Weiteren näherte sich Frankreich sogar der strengeren Position Deutschlands in Fragen des Haushaltsdefizits an und erkennt inzwischen das Risiko einer steigenden Staatsverschuldung sowie die Chance einer Zusammenarbeit auf diesem Gebiet.⁵ Nach einer Schätzung der Europäischen Kommission dürfte Frankreich zu den letzten EU-Staaten gehören, die vom Aufschwung profitieren werden. Um den Anschluss nicht zu verpassen, möchte man sich an seinem „sparsamen“ Partner orientieren, der bereits vor der Krise Maßnahmen zur Verringerung seiner Schulden ergriffen hat, was sich nun auszahlt.

Deutschland seinerseits hat seine ursprünglich ablehnende Position gegenüber dem „extremen Keynesianismus“ Großbritanniens abgemildert. Im Januar 2009 verabschiedete die deutsche Regierung ein zweites Konjunkturpaket, das mit 50 Milliarden Euro (1,8 Prozent des deutschen BIP) deutlich umfangreicher ausfiel und in seiner Höhe sogar dem amerikanischen Konjunkturpaket entsprach. Die Maßnahmen zur Konsumsteigerung (wie z.B. die Abwrackprämie) stiegen auf 22 Prozent, und ihr Anteil war damit sogar größer als der Anteil im französischen Konjunkturpaket, wo er 18,2 Prozent betrug.⁶

⁴ Jean-Marc Daniel, „Reaktion auf die Krise: die Europäisierung der französischen Wirtschaftspolitik“, DGAPanalyse, April 2009.

⁵ Karl de Meyer, „Dettes: Éric Woerth ouvert à un système de frein à l'allemande“, Les Echos, 21. Januar 2010.

⁶ Institut Thomas More, „Que peut encore faire la France face à la crise ?“, Note de Benchmarking, 3. März 2009.

Zunehmend rückten wieder übereinstimmende Positionen in den Mittelpunkt und das deutsch-französische Paar kündigte gemeinsame Initiativen auf europäischer Ebene in der Energie- und Industriepolitik an. Angesichts der Weltwirtschaftskrise und engerer finanzieller Spielräume wollen die beiden größten EU-Industrienationen ihre Kräfte bündeln, um ihre Position zu sichern.

Perspektiven des deutsch-französischen Paares

Vielleicht liegt der Kern der erneuten deutsch-französischen Annäherungsversuche auch in einer Reihe gemeinsamer Erkenntnisse, die beide Partner während dieser Krise gewinnen konnten. Das Krisenmanagement der EZB war nach Ansicht vieler Experten beispielhaft und erfolgte seit Anfang Oktober 2008 in stetiger Abstimmung mit anderen Zentralbanken. Es konnte insbesondere deshalb effizient erfolgen, weil 16 EU-Staaten über eine gemeinsame Währung verfügen. Der Euro geht gestärkt aus dieser Krise hervor und könnte in den nächsten Jahren sogar noch an Bedeutung gewinnen.

Im Zuge der derzeit diskutierten Regulierung der Finanzmärkte hat der Euro die einmalige Gelegenheit, sich zu einer internationalen Leit-, Reserve- und Vermögensanlagengewährung zu entwickeln. Beim Wettlauf zwischen dem Dollar und dem Euro kommt es aber auch darauf an, welche Währung künftig von den Marktteilnehmern gesucht werden wird. Anfang 2010 ist China der größte Gläubiger der USA, das die im Export verdienten Dollar zum großen Teil in US-Staatsanleihen investiert. Fraglich ist hierbei, ob damit letztendlich Peking von Washington abhängt oder umgekehrt? Eine abschließende Antwort ist schwierig zu finden, doch vielleicht handelt es sich schlicht um eine gut funktionierende Symbiose, bei der die eigenen Schwächen durch die Stärken des Partners ausgeglichen werden und so beide Staaten profitieren. Das deutsch-französische Paar hat großes Interesse an einem stabilen Euro und so könnte Deutschland ganz nach chinesischem Vorbild seine Exportüberschüsse in französische Staatsanleihen investieren. Für die Sicherung der Zukunft der europäischen Industrie ist die Stellung des Euro in Konkurrenz zum Dollar von fundamentaler Bedeutung, wie z.B. der Fall von Airbus in seinem Konkurrenzkampf mit dem US-Konzern Boeing zeigt.

Neben der Stärkung des Euro haben Frankreich und Deutschland ein gemeinsames Interesse an der Regulierung der internationalen Finanzmärkte. Angesichts einer vom Internationalen Währungsfonds geschätzten Vermögensvernichtung in Höhe von ca. 4,5 Billionen US-Dollar hat

die aktuelle Finanzkrise sicherlich auch zur Folge, dass viele Kapitalanleger ihr Anlageverhalten ändern werden. Die Mehrheit der Anleger dürfte nun mehr Wert auf Sicherheit und Nachhaltigkeit ihrer Anlagen anstatt auf hohe Renditen und ein entsprechend hohes Risiko legen.⁷ Da diese Anforderungen insbesondere von gut regulierten Finanzmärkten gewährleistet werden, könnte hier die große Chance für Europa liegen, eine Vorreiterrolle zu übernehmen.

Die Entwicklung einer internationalen Regulierung der Finanzmärkte ist in vollem Gang. Im November 2008 wurde beim G20-Gipfel in Washington die internationale Steuerhinterziehung als eine der zentralen Hürden für eine faire Weltwirtschaft benannt. Anfang April 2009 bekräftigten die 20 wichtigsten Industrie- und Schwellenländer in London ihre Entschlossenheit, diesen Missstand zu bekämpfen. Inzwischen wurde weltweit eine Vielzahl von bilateralen Abkommen zum Informationsaustausch abgeschlossen. Anfang September unterstrichen Bundeskanzlerin Merkel und Staatspräsident Sarkozy bei einem Treffen in Berlin auch in diesem Bereich eine enge Übereinstimmung ihrer Positionen. Sie betonten, dass bei der Regulierung der Finanzmärkte nicht nachgelassen werden dürfe, da es in den USA und Großbritannien wieder verstärkt liberale Tendenzen gebe. Beide Partner forderten neue Regeln für das Risikomanagement von Banken sowie verbindliche Boni-Regeln für Banker. Der letzte Vorschlag konnte sich beim G20-Gipfel in Pittsburgh zwar nicht durchsetzen, jedoch einigte man sich auf Standards für die Bezahlung von Managern. Für eine künftige Regulierung der Finanzmärkte wurde der „Baseler Ausschuss“, in dem die Aufsichtsbehörden und Notenbanken von 27 Staaten vertreten sind, mit der Erstellung von Vorschlägen beauftragt. Fest steht, dass sich die systemrelevanten Banken auf strengere Eigenkapitalvorschriften einstellen müssen. Damit sollen insbesondere künftige Zahlungseingänge verhindert werden.

Es wird deutlich, dass Paris und Berlin – trotz all ihrer historisch und politisch bedingten Unterschiede – letztendlich dieselben Ziele verfolgen: das Leitbild einer sozialen und ordnungsrahmensetzenden Marktwirtschaft sowie eine weltweite Regierungstätigkeit zur Verhinderung von Krisen und zur Gewährleistung nachhaltiger Wirtschaftsentwicklung.⁸ Nicht zuletzt das gemeinsame Streben nach einem stabilen Euro und regulierten Finanzmärkten hat dazu geführt, dass das deutsch-französische Paar wieder zunehmend synchron auf dem internationalen Paket tanzt.

⁷ Carl-Ludwig Holtfrerich, „Standortvorteil durch Regulierung“, Handelsblatt, 24. Juli 2009.

⁸ Henrik Uterwedde, „Rückfall in alte Reflexe“, Handelsblatt, 3. März 2009.